

Zeitschrift:	Collage : Zeitschrift für Raumentwicklung = périodique du développement territorial = periodico di sviluppo territoriale
Herausgeber:	Fédération suisse des urbanistes = Fachverband Schweizer Raumplaner
Band:	- (1997)
Heft:	2
Artikel:	Einwanderungsland Schweiz : keine Frage der Raumplanung?
Autor:	Schmid, Karl Otto
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-957650

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einwanderungsland Schweiz – keine Frage der Raumplanung?

► Karl Otto Schmid

Der Kongress der "Internationalen Gesellschaft der Stadt- und Regionalplaner" (IGSRP) in Jerusalem vom vergangenen September widmete sich den Fragen der Migration, auch aus raumplanerischer Sicht.

In diesem Essay wird nahe gelegt, dass die Zuwanderung für die Schweizer Raumplanung ein Problem ist, dessen Lösung mit anderen Disziplinen angegangen werden sollte.

Anlässlich des Kongresses zeigte es sich, dass man das Immigrationsphänom in Kreisen der Raumplaner, auch anderer europäischer Länder, nur in seinen Auswirkungen raumwirksamer Art erfasst.

Seit über 40 Jahren erlebt die Schweiz eine namhafte Zuwanderung ausländischer Staatsangehöriger. Periodisch bieten deren Folgen auch Anlass zu politischen Spannungen – erstmals als James Schwarzenbach mit seinen Warnungen vor einer Überfremdung der Schweiz eine eigentliche parteipolitische Strömung auslöste. Für die Raumplanung ergab sich daraus niemals eine ernsthafte Diskussion.

Die direkten Folgen einer positiven Wanderungsbilanz waren vorerst ein reines Mengenproblem, wofür die Raumplanung mehr als gewappnet war, weil sie in den 60er und 70er Jahren übersetzte demographische Wachstumsprognosen ständig nach unten korrigieren musste. Zudem schwankte die öffentliche Meinung zum Thema Ausländer wiederholt um die ominöse 50% Marke zwischen Akzeptanz und Ablehnung. Wer wollte sich schon eines Problems annehmen, das in der Öffentlichkeit und in der üblichen Terminologie der Raumordnung vermutlich keines war? Seitens wirtschaftlicher Kreise waren die ausländischen Arbeitskräfte ja durchaus erwünscht. Sie sind es auch heute noch, was aus den periodischen Forderungen nach Anpassung der Quoten deutlich wird.

Ist die Einwanderung wirklich kein raumplanerisches Problem? - Schon früh war erkennbar, wo sich die Zuwanderer mit hoher Wahrscheinlichkeit ansiedeln, nämlich in Altbausubstanz mit unterdurchschnittlichem Wohnstandard. Dies geschah teilweise aus eigenen Entscheiden der ausländischen Zuwanderer, teils als Folge der steigenden Wohnansprüche der Schweizer Bevölkerung, die solche Wohnobjekte zunehmend aufgab. Schliesslich liess sich hier mit dem un-

schönen Merkmal der Überbelegung auch auf lukrative Art Zeit gewinnen vor dem Abbruch und Neubau alter Objekte.

Mit der Zeit wurden jedoch auch andere Folgen der ausländischen Zuwanderung deutlich. Hier sei nur an die Auswirkungen auf das Schulsystem erinnert. Noch immer konnte die Raumplanung keinen direkten Einfluss auf die unerwünschten Folgen ausmachen. Dies war wohl insofern erklärbar, dass die klassischen Instrumente der Raumordnung keine Möglichkeiten der Einflussnahme anboten. Im Gegenteil: die Niederlassungsfreiheit schien von allem Anfang an eine Lenkung der Standortwahl auszuschliessen.

Wer erinnert sich aber noch der Periode der späten 60-er, frühen 70-er Jahre, als die Raumplanung durchaus willig war, statt einer (fehlenden) direkten gesetzlichen Grundlage den indirekten Weg des Gewässerschutzes anzuwenden, um Raumordnung durchzusetzen? So gesehen ist es eigentlich schwer verständlich, warum die mannigfachen Folgen der ausländischen Zuwanderung nicht mit der Wahl anderer Instrumente der Lenkung angegangen wurden (z.B. steuerliche Anreize). Genau so wie heute die örtliche Verteilung der Asylanten vom Bund geregelt werden muss, wären zweifellos (Not-)Lösungen für eine bessere örtliche Verteilung ausländischer Zuwanderer denkbar. Aus zahllosen Beispielen anderer Länder ist bekannt, dass eine Ghettobildung schwerwiegende negative Folgen haben kann.

Die Schweiz ist während der letzten Generation zu einem Einwanderungsland geworden. Darauf sollte die künftige Entwicklungspolitik aufbauen. Wenn es auch nicht direkte Aufgabe der Raumplanung ist, diese Wanderungen zu beeinflussen, ist doch eine Schadensbegrenzung der unerwünschten Folgen mit anderen als rein raumplanerischen Instrumenten unumgänglich. Im Sinne eines Monitoring kann die Planung durchaus zum Verständnis der Wanderungsströme und deren Auswirkungen beitragen. Sie wird diese latente Pflicht jedoch mit anderen Fachdisziplinen teilen müssen. ■

tribune

**Unter der Rubrik
«tribune» veröffentlicht
collage unaufgefordert
eingereichte Artikel
deren Aussage sich nicht
mit der Meinung der
Redaktionskommission
decken müssen.**